Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10938
12. 06. 98

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 17. Juni 1998

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	11, 14
Erler, Gernot (SPD)	9, 10
Faße, Annette (SPD)	1, 2
Hagemann, Klaus (SPD)	5, 6
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	12, 13
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	17, 18
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	15, 16
Kühn-Mengel, Helga (SPD)	21, 22
Dr. Lippelt, Helmut (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8
Rehbock-Zureich, Karin (SPD)	3, 4
Schröter, Gisela (SPD)	19, 20

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordnete **Annette Faße** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) im Rahmen der Getreide-Interventionsverfahren von ihrer EDV-Auslegung her nur in der Lage ist, die wirtschaftlichste Lagermöglichkeit, nicht aber den wirtschaftlichsten Transportweg zu ermitteln, und bleibt aus diesem Grunde bei den Vergabeverfahren der Transport auf dem Wasserweg per Binnenschiff regelmäßig unberücksichtigt, obwohl er wirtschaftlich und ökologisch der vorteilhafteste Transportweg sein dürfte?

2. Abgeordnete **Annette Faße** (SPD)

Welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung ergreifen, um so rasch wie möglich sicherzustellen, daß die Schiffsfracht-Berechnungen in der EDV der BLE mit berücksichtigt und in die Gesamtberechnung der günstigsten Lagermöglichkeit einbezogen werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

3. Abgeordnete **Karin Rehbock-Zureich** (SPD)

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die steigende Fluglärmbelastung im Bereich Konstanz (Bodensee) – hervorgerufen insbesondere durch die Welle 4 der Swissair beim An- und Abflug auf den Flughafen Zürich – einzudämmen und die Lärmbelastung für die betroffenen Menschen auf deutschem Hoheitsgebiet zu vermindern?

4. Abgeordnete **Karin Rehbock-Zureich** (SPD)

Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß zahlreiche Flugzeuge im Landeanflug auf den Flughafen Zürich bereits vor 6 Uhr morgens den Konstanzer Raum überfliegen und dabei vor dem Aufsetzen auf die Landebahn für den stabilisierten Anflug eine größere Distanz als die zulässigen 12 bis 15 nautischen Meilen in Anspruch nehmen, und wenn ja, wie reagiert sie darauf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

5. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Wohin wurden bislang die abgebrannten Brennelemente des Atomkraftwerkes Biblis jeweils verbracht, und wohin sollen sie in Zukunft gemäß Entsorgungsvorsorgenachweis verbracht werden?

6. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Welche Rücknahmeverpflichtungen bestehen hierbei insbesondere in bezug auf die Wiederaufbereitungsanlagen in Sellafield und Le Hague?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

7. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Spiegelt der Brief des Bundeskanzlers und des Präsidenten der Französischen Republik im Vorfeld des Europäischen Rates in Cardiff insofern eine Wende der deutschen Europapolitik wider, als einerseits die Bundesregierung die bisherige europäische Integration für schon zu weitgehend erachtet, andererseits jetz von der Bundesregierung die belgisch-französisch-italienische Position für eine – im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union – notwendige baldige Reform der europäischen Institutionen unterstützt wird?

8. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum wurde diese Neu-Akzentuierung deutscher Europapolitik nicht im Kabinett erörtert, zumindest aber mit dem Bundesministerium des Auswärtigen abgestimmt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

9. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Welches politische Konzept zur Lösung des Kosovo-Problems verfolgt derzeit die Bundesregierung und zwar sowohl gegenüber der Regierung in Belgrad wie gegenüber den Repräsentanten der Kosovo-Albaner in Prischtina?

10. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Hält die Bundesregierung einen NATO-Einsatz im Kosovo auch ohne ein Mandat der Vereinten Nationen für politisch sinnvoll, und auf welche Rechtsgrundlage könnte sich ein solcher NATO-Einsatz ohne VN-Mandat berufen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

11. Abgeordneter **Hans Büttner (Ingolstadt)** (SPD)

Hat die Bundesregierung inzwischen von ihrer Ermächtigung gemäß § 9 Abs. 6 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch Gebrauch gemacht und eine Verordnung über „Voraussetzungen, Art und Umfang von Leistungen zur Verhütung des Entstehens, der Verschlimmerung oder des Wiederauflebens von Berufskrankheiten" erlassen und dabei auch Leistungen für Arbeitnehmer entsprechend § 31 Abs. 1 Nr. 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (Rentenversicherung) geregelt, und wenn nein, warum nicht?

12. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche kostenmäßigen Auswirkungen die Unfallverhütungsvorschrift 123 der Berufsgenossenschaften (VBG 123) hinsichtlich der Inanspruchnahme eines Betriebsarztes auf kleine und mittlere Unternehmen hat, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um eine Entlastung für diese Unternehmen zu erreichen?

13. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Kleinunternehmer und Freiberufliche nach VBG 122 an Kursen für „Arbeitssicherheit" teilnehmen müssen und dadurch mit einem zusätzlichen Kostenaufwand belastet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

14. Abgeordneter
Hans Büttner (Ingolstadt)
(SPD)

Wie viele Beförderungen wurden im Bereich der obersten Bundesbehörden – aufgeschlüsselt nach den einzelnen Ressorts – im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 1998 und 31. Mai 1998 vorgenommen, und wie hoch waren die Vergleichszahlen – aufgeschlüsselt nach den einzelnen Ressorts – im Vergleichszeitraum des Jahres 1997?

15. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)

Treffen meine Informationen zu, daß sich hochrangige thailändische Wirtschaftsmanager bei ihrer Ankunft in Deutschland auf dem Frankfurter Flughafen einer intensiven Kontrolle durch Beamte des Bundesgrenzschutzes (BGS) unterziehen mußten, und wenn ja, wie wird dieses Verhalten begründet?

16. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)

Treffen meine Informationen zu, daß das o. a. Verhalten der Beamten des BGS gegenüber Wirtschaftsmanagern aus Nicht-EU-Staaten zu derartigen Verstimmungen geführt hat, daß geplante Wirtschaftsabschlüsse und Investitionen nicht getätigt wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

17. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)

Welche Einnahmen sind in den Jahren 1991 bis 1997 aus der Veräußerung von Finanzvermögen in der Treuhandverwaltung des Bundes gemäß Artikel 22 Abs. 1 des Einigungsvertrages erzielt worden, und wie ist der Stand der Aktiva und Passiva der einzelnen Vermögen heute?

18. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)

Welche Beträge sind seit Inkrafttreten des Gesetzes über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Entschädigungsgesetz) am 1. Dezember 1994 auf der Grundlage der Regelung des § 10 Abs. 1 Nummer 2 des Entschädigungsgesetzes an den Entschädigungsfonds abgeführt worden?

19. Abgeordnete **Gisela Schröter** (SPD)

Wird die Bundesregierung im Nachgang zum Schreiben der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesministerium der Finanzen, Irmgard Karwatzki, vom 4. Mai 1998 an die zuständigen Minister der neuen Länder Initiativen ergreifen, um eine einheitliche Verwaltungspraxis bei der Bearbeitung der Anträge nach dem Vertriebenenzuwendungsgesetz hinsichtlich der Ausschlußgründe „Erhalt von Bodenreformland" sowie „Unterbrechung des Wohnsitzes in der DDR" sicherzustellen, und wenn ja, welche?

20. Abgeordnete **Gisela Schröter** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die notwendige einheitliche Verwaltungspraxis einer gesetzlichen Präzisierung der Auslegungsspielräume hinsichtlich der genannten Ausschlußgründe bedarf, und wie begründet sie ihre Auffassung?

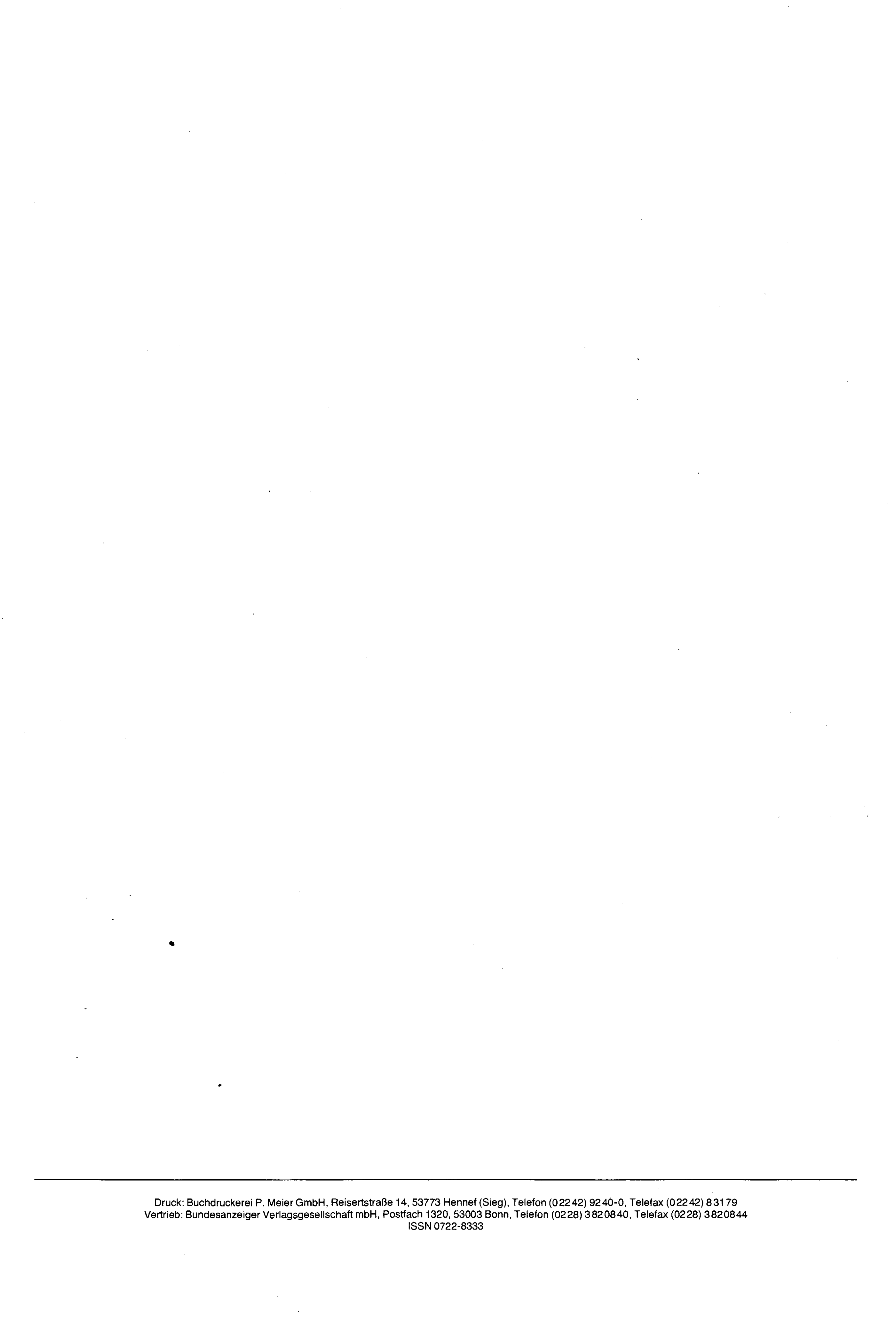
21. Abgeordnete **Helga Kühn-Mengel** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, sich im Rahmen einer nach § 82 des NATO-Truppenstatuts vorgesehenen Überprüfung des Status der Beschäftigten dafür einzusetzen, daß Arbeitsverträge für Zivilbeschäftigte bei militärischen Einrichtungen auf fremdem Boden (z. B. Vogelsang) grundsätzlich nur unter dem Recht des jeweiligen Aufnahmestaates abgeschlossen werden können?

22. Abgeordnete **Helga Kühn-Mengel** (SPD)

Trifft es zu, daß beispielsweise beim Truppenübungsplatz Vogelsang durch sog. Belgische Verträge Beschäftigte zu Lasten des deutschen Fiskus Vergünstigungen im Bereich der Mehrwert- und Mineralölsteuer sowie durch bis zu 30% günstigere Einkaufsmöglichkeiten erhalten und möglicherweise so zu Lasten des deutschen Fiskus ein Anreiz geschaffen wird, das deutsche Tarifrecht zu verlassen und Arbeitsverträge nach belgischem Recht mit deutlich schlechterem sozialen Schutzniveau zu akzeptieren, und sieht die Bundesregierung insoweit Handlungsbedarf?

Bonn, den 12. Juni 1998



Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 9240-0, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 3820840, Telefax (0228) 3820844
ISSN 0722-8333